



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Klagen und Ansprüche der Serben und Griechen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sein ausbedingenes Extrahonorar von 300 Mark. Derselbe wurde auf Berufung des Staatsanwalts (die erste Instanz scheint ihn freigesprochen zu haben) mit einer Geldstrafe von 300 Mark belegt. Endlich wurde auch ein Anwalt bestraft, welcher eine Gebührenforderung eintreiben ließ, über deren erfolgte Bezahlung ein vorgelegter Postschein keinen begründeten Zweifel ließ. Die (zugleich noch für ein andres Vergehen) in erster Instanz erkannte Strafe von 500 Mark wurde jedoch vom Ehrengerichtshofe auf 50 Mark herabgesetzt.

Dagegen sprach auch auf diesem Gebiete der Ehrengerichtshof den Grundsatz aus, daß, wenn die Berechtigung zu einer Gebühr zweifelhaft sei, deren Erhebung nicht ehrengerichtlich geahndet werden könne. Demgemäß wurde ein Anwalt, der sich nach Ansicht der Vorinstanz einer strafbaren Gebührenüberschreitung schuldig gemacht hatte, weil er Gebühren erhob, die er als Korrespondenzmandatar nicht hätte erheben dürfen, vom Ehrengerichtshofe freigesprochen, weil dieser die Natur des Verhältnisses als eines Korrespondenzmandates für zweifelhaft erklärte. Die Einforderung eines vom Gerichtshofe selbst für unberechtigt erklärten Extrahonorars wurde für nicht strafwürdig erachtet, weil der Anwalt über die Berechtigung dazu habe zweifeln können. Nur die Art und Weise, wie derselbe dieses Extrahonorar eingefordert hatte, wurde gemißbilligt und mit einem Verweise bestraft. Endlich wurde auch ein Anwalt, der vom Ehrengerichte verurteilt worden war, weil er nach Erledigung der ersten Instanz (wo er also nichts weiter in der Sache mehr thun konnte, als die Einlegung der Berufung durch einen andern Anwalt vermitteln), seine weitere Thätigkeit von der vorgängigen Berichtigung seiner bisherigen Gebühren abhängig erklärt hatte, vom Ehrengerichtshofe freigesprochen, weil dieser in der gedachten Erklärung keine den Berufspflichten des Anwalts widersprechende Profession zu finden vermochte.

(Schluß folgt.)



Die Klagen und Ansprüche der Serben und Griechen.



ie Lage der Dinge auf der Balkanhalbinsel hat sich in der letzten Woche nicht gebessert. Die Serben sowohl wie die Griechen beharren, wie es scheint, bei der Stellung, die sie zu dem Resultate der ostrumelischen Revolution eingenommen haben, und die Pforte hat sich gerüstet, um Versuchen, die Forderungen, welche von diesen Staaten im Hinblick auf dieses Resultat erhoben werden, mit Waffengewalt geltend zu machen, gleichfalls mit militärischen Mitteln zurückzuweisen. Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel hat bis jetzt noch keinen sichern Ausweg zu friedlicher Beilegung des Streites gefunden, die Großmächte stehen, wie man annehmen muß, der Verwicklung noch nicht ganz einträchtig gegenüber, und doch ist offenbar Gefahr im Verzuge. Die nächsten Tage werden zeigen, ob es ihnen

möglich ist, unter beschränkter Genehmigung des in Ostrumelien Geschehenen den Serben und Griechen Ruhe aufzunötigen, oder ob der alte Zustand vollständig wiederhergestellt werden muß, um jene freiwillig von ihren Ansprüchen zurücktreten zu sehen. Gelänge keines von beiden, so könnte allmählich zur Wahrscheinlichkeit werden, was jetzt noch fernliegende Möglichkeit ist, daß Mächte von weit größerer Bedeutung als Serbien, Griechenland und die Türkei in Krieg miteinander verwickelt würden. Inzwischen betrachten wir einmal näher die Klagen und Ansprüche der beiden Nachbarn der Bulgaren, die sich durch deren Union beeinträchtigt sehen und angeblich Entschädigung dafür verlangen dürfen, in Wahrheit aber von der Gelegenheit auch zu profitieren wünschen.

Vorher werfen wir aber erst einen Blick auf die Haltung Rußlands zu der neuerwachten Balkanfrage. In Petersburg wünscht man nicht minder als anderwärts eine friedliche Lösung derselben. Namentlich der Kaiser ist allem abgeneigt, was hier ernstere Schwierigkeiten herbeiführen könnte. Die Aussichten der Russen haben sich in den letzten Jahren nicht verbessert, ihr Ansehen und ihr Einfluß hat bei den Balkanvölkern abgenommen. In Rumänien haben sie sich tief verhaßt gemacht, und das dortige Volk hofft, heiläufig wohl ohne guten Grund, die Demütigung, die dem Lande durch die Wiedereinverleibung Bessarabiens in das Zarenreich zugefügt wurde, einmal wieder wettzumachen. Serbien hat das Band, welches es während des letzten Krieges mit den Türken an Rußland knüpfte, gelockert und es mit einem Verhältnis enger Freundschaft mit dem Nachbarstaate Österreich-Ungarn vertauscht. Die Bulgaren haben sich mehr und mehr von der russischen Vormundschaft emanzipirt, und das feindselige Verhalten des Petersburger Kabinetts gegen den ungehorsamen Fürsten Alexander hat in Bulgarien und Ostrumelien stark erbittert. In Griechenland hat Rußland niemals oder doch in der letzten Zeit nicht gestrebt, sich Sympathien zu erwerben. Die starke Schwächung des hellenischen Einflusses in der europäischen Türkei, welche durch die Lostrennung der bulgarischen Kirche vom Gebiete des griechischen Patriarchats in Konstantinopel bewirkt wurde, war das Werk der russischen Politik, und der Hellenismus sieht seine Hoffnungen und Bestrebungen nach allen Richtungen hin durch den Panславismus eingeengt. Er hat allen Grund, das Russentum zu fürchten und zu hassen. Von sämtlichen Staaten der Balkanhalbinsel steht nur Montenegro noch vollständig und unbedingt unter dem direkten Einflusse des Kabinetts an der Newa. Nur mit dem Fürsten der Schwarzen Berge hat letzteres, wie es in diesen Tagen durch sein halboffizielles Blatt erklärte, Ursache, ganz zufrieden zu sein. Man darf aber nicht glauben, daß die dort gerühmte Zurückhaltung, welche die Montenegriner seit dem Ausbruche der Krisis in Philippopel beobachtet haben, eine freiwillige ist. Die Politik derselben ist die unruhigste, ränkevollste und begehrliehste, die sich denken läßt, und sie blieben bis jetzt nur still, weil es ihnen von Rußland anbefohlen war. Andernfalls wären sie gewiß die ersten gewesen, auf die Nachricht von

der Vereinigung der Bulgarenländer Vergrößerung ihres Gebietes zu verlangen. Sie begehren Erweiterung der Grenzen desselben nach verschiedenen Seiten hin, und sie zügeln ihr Verlangen jetzt lediglich, weil es für jetzt zur russischen Politik paßt, daß sie schweigen.

Lassen wir nun die Anwälte der Staaten reden, welche nicht schwiegen, und zunächst die der Serben. Sie sagen ungefähr: Die Vergrößerung Bulgariens erschüttert eine von ganz Europa in feierlicher Versammlung beschlossene Einrichtung, der wir uns unterwarfen, obwohl man damit unsern Bedürfnissen nicht durchweg gerecht wurde. Wir hatten ein offenkundiges Interesse daran, daß der in Berlin festgestellte Friede fort dauere, da er uns in den Stand setzte, unsere Finanzen zu verbessern, unser Eisenbahnsystem auszubauen und unsere Wehrkraft zu reorganisiren. Wenn jene Einrichtung jetzt geändert wird, ist es nur billig, daß unsere andern Ansprüche, die wie die Einheit des Bulgarenlandes auf dem Berliner Kongreß vorgetragen, aber beiseite gelegt wurden, wieder zur Sprache gebracht und erfüllt werden. Die Veränderung in Ostrumelien stört das Gleichgewicht, welches der Berliner Vertrag in Betreff der Kleinstaaten auf der Balkanhalbinsel herstellen sollte. Wenn man diesen Zweck leugnet, so verweisen wir darauf, daß Lord Beaconsfield Widerspruch dagegen erhob, daß Bulgarien durch seine Macht zu einer Bedrohung der Türkei und seiner andern Nachbarn werden solle. Der Staatsmann versteht unter Herstellung des politischen Gleichgewichtes kein pedantisches Abwägen von Bevölkerungsverhältnissen, sondern eine billige Ausgleichung der Interessen und Kräfte der verschiedenen Staaten, und die ist bei einer Union Bulgariens mit Ostrumelien nicht mehr vorhanden. Wäre diese Union rückgängig zu machen, so würde Serbien, was auch seine stillen Wünsche sein mögen, sich beruhigen und nichts thun, was den Frieden im Südosten Europas stört. Das Ergebnis der ostrumelischen Revolution aber ist für uns unannehmbar, wenn wir nicht in die Verfassung gesetzt werden, seine wahrscheinliche Folge, die allmähliche Aufsaugung Macedoniens durch Bulgarien, zu verhindern. Das letztere würde uns in Verbindung mit Griechenland strategisch möglich sein, wenn wir im Besitze Altserbiens, des Distrikts von Kossowo bis hinunter nach Schloplie (Usküb) wären. Der Sultan sollte deshalb schon bereit sein, uns diesen Landstrich abzutreten. Aber es giebt noch andre Gründe, die dafür sprechen. Altserbien ist von Serben bewohnt, ausgenommen in den Gegenden von Prizrend und Djakowa, wo sich starke Ansiedlungen von Albanesen befinden. Ferner ist Altserbien der Türkei praktisch schon so gut wie verloren, insofern als der Berliner Frieden den Österreichern nicht bloß Bosnien und die Herzegowina, sondern auch alles Gebiet „auf der andern Seite von Mitrowiza“ überwies — ein so unbestimmter Ausdruck, daß man kaum dagegen streiten könnte, wenn man in Wien meinte, er schließe Altserbien ein. Die Pforte würde somit nicht viel opfern, wenn sie letzteres dem Könige Milan überließe, der bereit sein würde, es als Vasallenstaat zu übernehmen und dem

Sultan Tribut zu entrichten. In diesem Falle würde das Gleichgewicht der Macht wiederhergestellt und Serbien befriedigt sein, d. h. so lange als die Bulgaren von Macedonien ferngehalten blieben, wofür wir nach besten Kräften Sorge tragen würden. Käme es dort morgen zu einem Aufstande, so würden wir der Türkei sofort zu dessen Unterdrückung beistehen. Müssen wir kämpfen, so dürfen wir hoffen, uns ganz Altserbien und vielleicht noch etwas mehr zu verschaffen, jedenfalls haben wir darauf zu dringen, daß wir den Landstrich bekommen, welcher Mitrowitz, Prischina, das Kossowo Polje und Kumanowa einschließt. Das ist das Minimum dessen, was wir beanspruchen können. Es giebt aber noch ein andres Minimum unsrer Forderungen. Im Südwesten von Bulgarien ist eine Ecke, welche die Ortschaften Trn, Bresnik und Radomir umfaßt und wesentlich serbische Bevölkerung hat. Gesezt, die Mächte geben unsre Ansprüche auf Kompensation im Prinzip zu, sagen aber: wir können in eine Einverleibung Altserbiens nicht willigen, ihr sollt jedoch jenen südwestlichen Winkel Bulgariens haben, so werden wir dieses eingeschränkte Zugeständnis für jetzt annehmen und uns vorläufig beruhigen. Weigert sich dagegen Europa, unser Recht auf Entschädigung wegen der Vergrößerung Bulgariens überhaupt anzuerkennen, so werden wir ganz unzweifelhaft kämpfen und nehmen, was wir brauchen.

Läßt nun, von der Pforte abgesehen, unser Verlangen sich den Russen und den Österreichern annehmbar machen? Den ersteren schwerlich; denn sie wissen, daß wir zu unabhängig sind, um uns von ihnen als Werkzeug brauchen zu lassen, sie ziehen es vor, den jungen Staat Bulgarien zu stärken, sodaß er ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen kann. Mit Österreich-Ungarn verhält es sich einigermaßen anders. Allerdings würden wir, wenn uns Altserbien zu Teil werden sollte, diesem den Weg nach Macedonien und Salonik versperren, aber es behauptet ja, nicht dahin gehen, sondern sich nur um seine berechtigten Handelsinteressen kümmern zu wollen, und nichts hinderte Serbien, ihm durch eine spezielle Übereinkunft oder auf anderm Wege Bürgschaften für die Wahrung dieser Interessen zu geben. Die Partei der Karageorgewitsch ist gegenwärtig sehr ruhig, da die öffentliche Meinung Serbiens entschieden für den König Milan und sein nationales Vorgehen ist. Diese Partei liegt aber stets auf der Lauer und wartet auf Gelegenheit zu einem Streiche, und man weiß, daß sie mit den Russen im Einverständnisse ist, während der König auf freundschaftlichem Fuße mit Österreich steht. Letzteres hat also ein starkes Interesse daran, daß er auf seinem Throne verbleibt. Nun aber liegt es auf der Hand, daß, wenn Serbien nicht gestattet wird, sich auf friedlichem Wege oder mit den Waffen in den Besitz von Landstrichen zu setzen, welche es für die Vergrößerung Bulgariens entschädigen, die Politik König Milans, eine Politik des Zusammengehens mit Österreich und dessen Verbündetem, dem deutschen Reiche, und vollständiger Unabhängigkeit von Rußland, mit einem Fiasko endigt und die Macht in die Hände

einer Partei gerät, welche sich mit Rußland verständigen und ihm auf allen seinen Wegen folgen würde. König Milan würde in jenem Falle rasch die Volksgunst einbüßen und wahrscheinlich abdanken und dem Prätendenten Kara-georgewitsch Krone und Thron überlassen müssen, welcher notorisch in den Händen der russischen Diplomatie ist. Ist es den Österreichern und den Deutschen möglich, irgend etwas zu begünstigen, wodurch ein solches Resultat herbeigeführt werden würde?

Die Griechen betrachten die bulgarisch-ostrumelische Union gleichsam als Störung des Gleichgewichtes der Balkanstaaten und verlangen gleichfalls Wiederherstellung desselben durch Kompensation in Gestalt von Landstrichen. Sodann aber räsonniren sie etwa folgendermaßen. In Ostrumelien existirt eine starke griechische Bevölkerung. Daneben jedoch giebt es dort in der Mitte ausgedehnte Bezirke, deren Bewohner ethnographisch gemischt, ja für Fremde völlig unbestimmbar sind. Sie haben dieselbe Religion, d. h. sie gehören der griechischen Kirche an, aber sprechen bald griechisch, bald slawisch, selbst türkisch mit gleicher Fertigkeit. Infolge langjähriger Unterjochung unter fremder Herrschaft haben sie ihre Nationalität verloren, und so geriren sie sich je nach den Umständen und nach der Seite, von wo Druck auf sie geübt wird, bald als Slawen, bald als Griechen. Es war deshalb den panslawistischen Agenten und der bulgarischen Mehrheit in Ostrumelien leicht, große Massen dieser Leute durch Bedrohungen zu der Erklärung zu bewegen, sie seien nicht Griechen, sondern Bulgaren, ein Prozeß, der auch in Nordmacedonien stattfand. Das griechische Element in Ostrumelien ist das am meisten dem Fortschritte zugewandte, das gebildetste und das wohlhabendste. Es ist daher dem Königreiche Hellas und den übrigen Griechen unmöglich, gelassen zuzuschauen, wie dort die griechische Bevölkerung mit den bei den Slawen üblichen Mitteln genötigt wird, sich den Bulgaren zu assimiliren. Ferner machen die Bulgaren gar kein Geheimnis daraus, was sie für ihre Aufgabe und Bestimmung auf der Balkanhalbinsel halten. Ihre Union ist nur ein weiterer Schritt zur Verwirklichung des Vertrages von San Stefano, der nach Ignatieffs Zugeständnis seinerseits nur eine provisorische Skizze des großen Slawenreiches war, welches dereinst die türkische Macht zwischen dem Schwarzen und dem Adriatischen Meere ersetzen sollte. Die Bulgaren und ihre Freunde geben zu, daß sie bis an das Ägäische Meer hinstreben. Sie können zwar nicht leugnen, daß die ganze Bevölkerung an dessen Küsten griechisch ist, behaupten aber, das sei nur ein schmaler Gürtel, der sie nicht hindern dürfe, eine Seemacht mit der Hauptstadt Konstantinopel zu werden. Die Ausführung des Ignatieffschen Planes, die mit der Union erstrebt wird, würde die griechische Nationalität in jenem Küstengebiete austreten. Das ist keine Übertreibung. Alle, die der kurzen Geschichte der Bulgaren ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben, wissen, daß dieselben von Natur und traditionell äußerst aggressiv und unwählerisch im Verhalten gegen ihre Nachbarn sind. Ein Beweis für diese

Beschuldigung liegt in der Thatfache, daß sie wenige Monate nach der Schöpfung Bulgariens trotz der Anwesenheit von Agenten der Mächte, welche den Berliner Vertrag festgestellt hatten, gegen dessen ausdrückliche Bestimmung fast alle Muhamedaner des Landes aus ihren Besitze und über die Grenze vertrieben haben.

Die Mächte werden die Union nicht rückgängig machen, und wenn sie uns keine Kompensation gewähren, die uns die Pläne der Bulgaren zu vereiteln in den Stand setzt, so muß das Königreich Griechenland bereit sein, alle Opfer zu bringen, um die Interessen nicht bloß des Königreiches selbst, sondern der gesamten hellenischen Nationalität, deren Fürsprecher und Beschützer dieses ist, mit Erfolg wahrzunehmen. Wenn man uns fragt, was Griechenland in dieser Beziehung zu erwarten ein Recht hat, so antworten wir: Die Union ist das volle Maß dessen, was die Anwälte der Bulgaren auf dem Berliner Kongresse verlangten, und so ist es nur billig, daß die Mächte jetzt den Griechen ebenfalls voll gewähren, was Waddington dort für sie forderte, d. h. den Rest von Epirus und Thessalien. Was die Ausdehnung unsrer Grenzen in andern Richtungen betrifft, so würde das eine Frage sein, die nach den Umständen zu entscheiden wäre und davon abzuhängen hätte, ob die Bulgaren Macedonien in Ruhe ließen oder nicht. Bräche dort ein Aufstand aus, so würde es unabweisbar Pflicht für uns werden, zu sorgen, daß der griechische Teil dieser Provinz, welcher der größte und wichtigste derselben ist, nicht der Gnade der Bulgaren überlassen bliebe. Was wir den griechischen Teil Macedoniens nennen, umfaßt den ganzen Süden der Provinz und dehnt sich nach Norden hinauf bis Serres, Thronniza und zum See von Thris. Die Bevölkerung von Salonik ist wie die aller größern Städte der Türkei sehr gemischt, und ihr Hauptelement bilden Juden. Aber die türkischen Juden beanspruchen nirgends politische oder nationale Rechte, und so vermindern die in Salonik in keiner Weise das griechische Gepräge dieser Stadt, zumal da sie mit den dortigen Hellenen stets auf dem besten Fuße lebten und ohne Ausnahme griechisch verstehen, auch sich dieser Sprache im öffentlichen Verkehre vorwiegend bedienen. [Ihre Haus- und Familiensprache ist ein verdorbenes Spanisch; denn sie sind Sephardim, d. h. Nachkommen aus Spanien vertriebener Juden.] Nun steht Oesterreich im Verdachte, nach Salonik vorrücken und sich desselben bemächtigen zu wollen, aber es hat mehr als einmal amtlich in Abrede gestellt, einen derartigen Gedanken zu hegen, und so dürfen wir davon absehen, mit ihm zu rechnen.

Noch eine Frage der Gegenwart ist zu beantworten: Welche Stellung wird das Königreich Hellas einnehmen, wenn der wahrscheinliche Fall eintritt, daß die Insel Kreta sich gegen die Pforte erhebt, um sich die Unabhängigkeit und die Vereinigung mit jenem zu erkämpfen? Wir sind der Meinung, daß es demselben aus vielen Gründen unmöglich sein würde, den Kretern seine Unterstützung zu versagen. Die Bewohner der Insel sind mit geringen Ausnahmen Hellenen. Sie haben sich bis auf die neueste Zeit nicht ein- oder zweimal,

sondern bereits bei zwölf verschiedenen Gelegenheiten gegen die Türken empört, und die ganze weite Insel hat ihr Blut getrunken. Sie leisteten den Griechen reichlich und energisch Beistand in dem siebenjährigen Ringen mit den Osmanen, aus welchem der jetzige freie Staat Hellas hervorging. In der That, wir würden nicht umhin können, ihnen das zu vergelten und ihnen offiziell oder nicht offiziell bei ihrem Unternehmen an die Seite zu treten.

So die Klagen und Ansprüche, welche die Kabinette von Belgrad und Athen erheben und nötigenfalls mit den Waffen durchsetzen zu wollen erklären, und nun in der Kürze unsre Meinung. Manches in denselben läßt sich hören, namentlich der Hinweis der Griechen, daß die Aktion der Bulgaren die hellenische Nationalität in Rumelien und Macedonien mit Vernichtung bedroht, und daß Oesterreich-Ungarn, wenn König Milan seine Absichten auf Altserbien nicht ausführen darf und infolgedessen abdanken muß, Gefahr läuft, in Serbien einen zuverlässigen Freund zu verlieren. Im großen und ganzen aber kann man den Ausführungen der Vertreter des griechischen und serbischen Interesses nicht beipflichten und ihnen kaum Erfolg versprechen. Was sehen wir in der Sache vor uns? Zwei kleine christliche Staaten erklären, wenn ein dritter christlicher Kleinstaat, ihr Nachbar, größer werden sollte, würde ihnen Unrecht geschehen. Schadet dieses offene, naive, fast cynische Eingeständnis ihrer Sache nicht moralisch mehr, als ihr militärische Kräfte schaden könnten? Serbien und Griechenland erklären thatsächlich, die Ostrumelien hätten bleiben sollen, was der Berliner Friedensvertrag aus ihnen gemacht hatte, und wenn sie ruhig als getreue Unterthanen des Sultans fortexistirt hätten, so würde es in Serbien und Hellas keine Ansprüche und keine Kriegsrüstungen gegeben haben. Eine solche Behauptung schwächt den Wert des Strebens der Griechen, die Stammesbrüder in Epirus, Thessalien und Macedonien aus den Händen der Türken zu befreien, merklich ab, noch mehr aber den der Absicht Serbiens, dem Sultan seine altserbischen Unterthanen zu nehmen. Das osmanische Joch kann unmöglich so schwer drücken, wenn man den Ostrumeliern zuruft, sie hätten es geduldig weiter tragen sollen, und sie hätten mit der Abwerfung desselben ein Unrecht gegen andre christliche Staaten begangen, welches Gutmachung erheische. Auch bessert es die moralische Stellung der Kläger in Belgrad und Athen nicht, wenn sie die Art von Kompensation auseinandersetzen, die sie fordern. Die Pforte hat bis auf weiteres eine Provinz verloren, die sie nach völkerrechtlicher Bestimmung mit Truppen besetzen und verteidigen konnte. Wenn unter diesen Umständen der Ruf nach Entschädigung laut wird, so erwartet man, daß die verkürzte Macht ein Äquivalent dessen erhalten soll, was ihr genommen worden ist. Das ist aber nicht serbische, nicht griechische Logik, und etwas derartiges schlägt man weder in Belgrad noch in Athen vor. Hier nennt man es Entschädigung verlangen, wenn man sagt: die Türken haben bereits etwas verloren, folglich müssen sie noch etwas verlieren, folglich müssen wir auch etwas von ihrem

Besitze bekommen. Die serbische Behauptung ist besonders komisch. Wenn früher irgendein Volk oder ein Stamm sich gegen den Sultan auflehnte, so sagte man, die Insurgenten hätten ein gutes Recht dazu; denn alle Christen in der Türkei wären befugt, sich selbst zu regieren. Man sagte uns ferner, daß alle Völker der Balkanhalbinsel, Rumänen, Serben, Bulgaren, Montenegriner und Griechen, durch ihr religiöses Bekenntnis Verwandte, Bundesgenossen, gleichsam eine einzige Nation seien, und daß sie tief mit einander in dem Wunsche sympathisirten, das Joch, das ihnen in Gestalt des Halbmondes auferlegt sei, abzuwerfen. Jetzt schallt es aus einem ganz andern Horne, und wir sehen statt der Einmütigkeit nichts als Zwietracht, Selbstsucht, Mißgunst und Haß vor uns.

Alles scheint jetzt davon abzuhängen, ob Oesterreich-Ungarn eine Aktion Serbiens zulassen kann und will. Eine Zeit lang lagen die Dinge so, daß man die Frage zu bejahen hatte. Jetzt ist man auf andre Gedanken gekommen. Wenn Rußland und Deutschland darin übereinstimmen, daß die Veränderung in Bulgarien den Berliner Frieden möglichst wenig verletzen und daß die Pforte keine weitere Gebietsverminderung erleiden soll, so wird Oesterreich nicht dagegen handeln. Die Staatsmänner in Wien werden keine orientalische Politik treiben, die nicht im Einklange mit den Überzeugungen des deutschen Reichskanzlers sein und das gute Einvernehmen mit Petersburg in Frage stellen würde. Manchen wird es schon bedenklich vorkommen, daß Graf Kalnoth dem Könige Milan gestattet hat, Geld für Rüstungen auszugeben, ein Invasionsheer aufzustellen und den kriegerischen Enthusiasmus des Serbenvolkes in Wallung zu bringen. Oesterreich wird sich unzweifelhaft, wenn dies in diesem Augenblicke nicht schon geschehen ist, den Mächten anschließen, die in Belgrad und Athen dahin wirken, daß Friede gehalten werde, und die der ostrumelischen Veränderung eine Gestalt geben werden, in der sie auf ein Minimum reduziert ist. Fürst Alexander wird, wenn er sich nicht unter der starken Abneigung des Zaren gegen ihn wieder in einen Prinzen von Battenberg verwandeln sollte, sich mit einer Art von Personalunion, wie sie einst die Bewohner der Moldau und Walachei eine Zeit lang befriedigte, vielleicht auch mit weniger begnügen müssen. Thun er und seine Bulgaren dies nicht, so werden die Türken Ostrumelien okkupiren, und die Mächte werden sie nicht daran hindern. Eine moralische Intervention Rußlands wie 1876 in Serbien, eine militärische wie 1877 ebendasselbst wird kaum stattfinden. Die Serben und die Griechen werden, wenn sie den Abmachungen der Mächte nicht Folge leisten, die Türken allein bekämpfen müssen und wenigstens nicht schnell siegen, und lange Krieg zu führen, erlauben ihnen ihre schwächlichen Finanzen nicht.

Zum Schlusse sei auf eine wichtige Aeußerung des Nord hingewiesen, den die russische Politik als Vertreter ihrer Meinungen und Absichten zu benutzen pflegt. Derselbe bemerkt, wenn der Türke heutzutage nicht in Europa wäre, so müßte man ihn erfinden. Ostrumelien dürfe nicht ein einheitliches Staatswesen mit Bulgarien bilden, die Ansprüche der Serben und Griechen müßten zurückgewiesen werden, damit die Türkei als Hauptbestandteil der Balkanhalbinsel und Gegengewicht gegenüber den übrigen Staaten derselben erhalten bleibe. In Ostrumelien und Bulgarien sei ein Zustand zu schaffen, der, wenn auch nicht ganz genau dem Buchstaben, so doch dem Geiste des Berliner Vertrages entspreche. Wir haben Ursache zu glauben, daß sich schließlich die Anstrengungen aller Mächte in dieser Richtung bewegen werden.